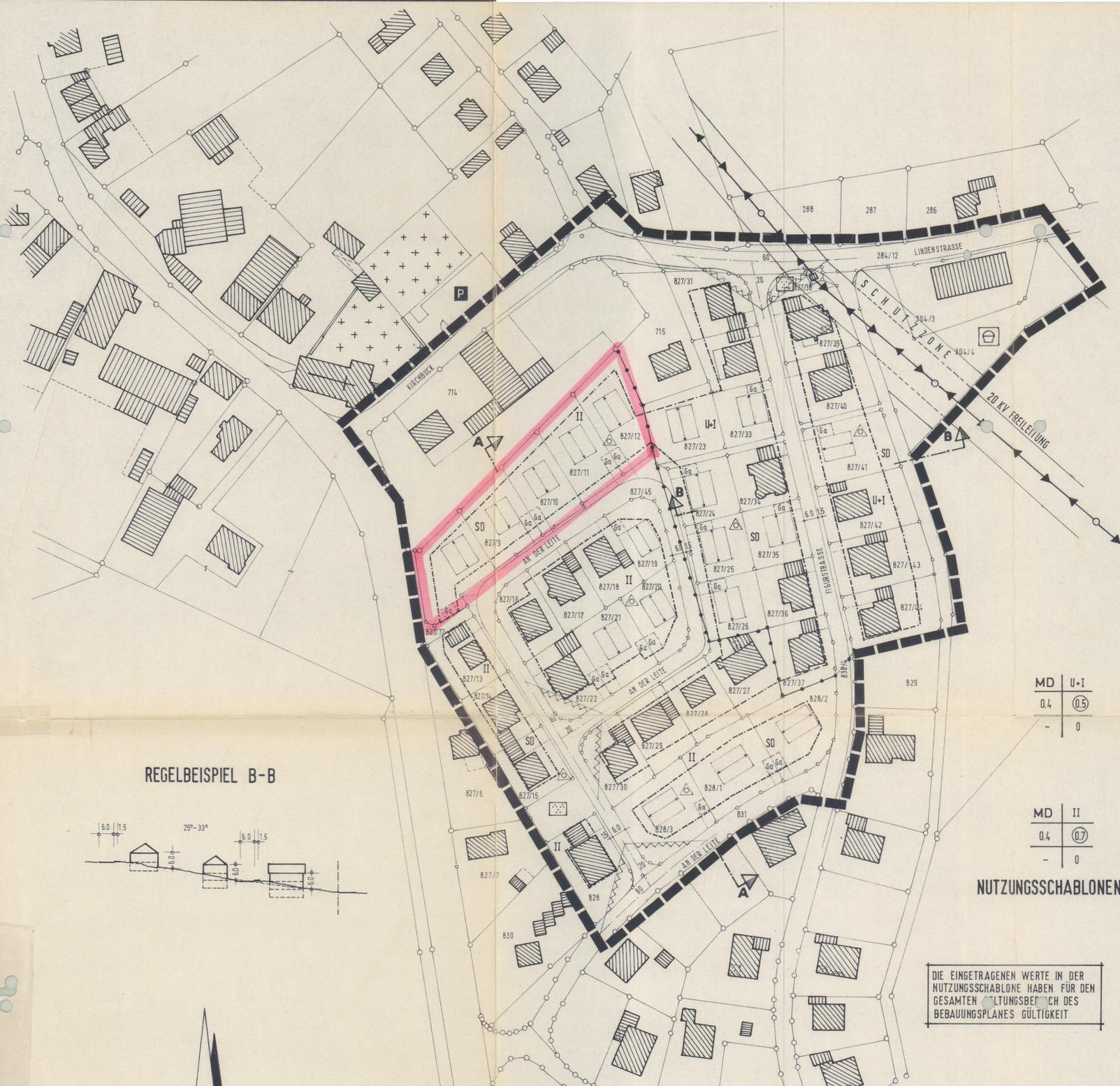


BEBAUUNGSPLAN RUPERTSBUCH NR 2

ZEICHENERKLÄRUNG FESTSETZUNGEN DES BEBAUUNGSPLANES



ART UND MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

- MD DORFGEBIET
- BAUGRENZE
- U+I u. II ZAHLE DER VOLLGESOSSE ALS HÖCHSTGRENZE
- 0.4 GRUNDFLÄCHENZAHLE
- 0.7 GESCHOSSFLÄCHENZAHLE
- △ NUR EINZEL UND DOPPELHÄUSER ZULÄSSIG
- 0 OFFENE BAUWEISE

VERKEHRSFLÄCHEN

- ÖFFENTLICHE VERKEHRSFLÄCHEN UND GEHWEG
- P ÖFFENTLICHE PARKFLÄCHE
- STRASSENBEGRÄNZUNGSLINIE
- SICHTDREIECKSFLÄCHEN

GRÜNFLÄCHEN

- PARKANLAGEN GRÜNFLÄCHEN
- SPIELPLATZ
- FRIEDHOF

SONSTIGE DARSTELLUNGEN UND FESTSETZUNGEN

- Ga GARAGEN
- Freileitung 20 KV MIT BETONMÄSTEN
- SD SATTELDACH
- FIRSTRICHTUNG

BESTANDSANGABEN

- BESTEHENDE WOHNBÄUDE
- BESTEHENDE WIRTSCHAFTS UND NEBENBÄUDE

NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN

- BESTEHENDE GRUNDSTÜCKSGRENZEN
- FLURSTÜCKSNUMMERN
- BEMASSUNG VON STRASSEN UND GEHWEGEN

GELTUNGSBEREICH

- GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES DES BEBAUUNGSPLANES
- ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG

MD	U+I
0.4	0.5
-	0

MD	II
0.4	0.7
-	0

NUTZUNGSSCHABLONEN

DIE EINGETRAGENEN WERTE IN DER NUTZUNGSSCHABLONE HABEN FÜR DEN GESAMTEN GELTUNGSBEREICH DES BEBAUUNGSPLANES GÜLTIGKEIT

DIE GEMEINDE SCHERNFELD HAT MIT BESCHLUSS DES GEMEINDERATES VOM 5.11.1990 DEN BEBAUUNGSPLAN GEMÄSS §10 BBAUG ALS SATZUNG BESCHLOSSEN SCHERNFELD, DEN 19.6.1991

DER ENTWURF DES BEBAUUNGSPLANES WURDE MIT BEGRÜNDUNG GEMÄSS §13 ABS 1 BBAUG VOM 17.4.89 BIS 19.5.89 IN DER GEMEINDEKANTZLEI ÖFFENTLICH AUSGELEGT. *Geschäftsstelle der VG-Grafschaft* SCHERNFELD, DEN 19.6.1991



1. BÜRGERMEISTER



1. BÜRGERMEISTER

Geschäftsstelle der VG DER GENEHMIGTE BEBAUUNGSPLAN WURDE MIT BEGRÜNDUNG AB 8.1.91 IN DER GEMEINDEKANTZLEI SCHERNFELD GEMÄSS §12 SATZ 1 BBAUG ÖFFENTLICH AUSGELEGT. DIE GENEHMIGUNG UND DIE AUSLEGUNG SIND AM 7.1.91 ÖRTSÜBLICH BEKANNT GEMACHT WORDEN. DER BEBAUUNGSPLAN IST DAMIT RECHTSVERBINDLICH. SCHERNFELD, DEN 19.6.1991

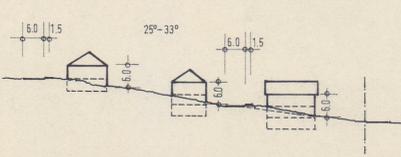
Der Bebauungsplan wurde dem Landratsamt Eichstätt am 8.11.1990... gemäß §13 Abs. 1 BBAUG... mit Bescheid vom... Par. 11 BauGB angezeigt. Verletzungen von Rechtsvorschriften, die eine Versagung der Genehmigung nach Par. 6 Abs. 2 BauGB rechtfertigen würden, werden nicht geltend gemacht.

LANDRATSAMT

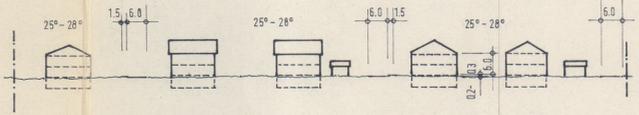


1. BÜRGERMEISTER

REGELBEISPIEL B-B



REGELBEISPIEL A-A



ERGÄNZT UND AUF DEN NEUESTEN STAND GEBR. MÖRNSHEIM, DEN 20.3.1989. GEÄNDERT: MÖRNSHEIM, DEN 21.6.1981. MÖRNSHEIM, DEN 20.5.1981

S A T Z U N G

Der Gemeinde Schernfeld über den Bebauungsplan Nr. 2
des Ortsteiles Rupertsbuch, Baugebiet " Mojersleite "

Die Gemeinde Schernfeld erläßt auf Grund der §§ 9, 10 des Bundesbaugesetzes vom 18.8.1976 (BGBl. S. 2256) des Art. 107 der Bayer. Bauordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1.10.1974 (GVBl. S. 513) des Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern i.d.F. der Bekanntmachung vom 15.9.1977 (BGBl. S. 1257, ber. 196 g S. 11) und der Verordnung über die Festsetzungen im Bebauungsplan vom 22.6.1961 (GVBl. S. 161) folgend mit Bescheid des Landratsamtes Eichstätt vom ...08.04.1982.....Nr.24.Az.: 610-01/2. genehmigte Bebauungsplansatzung.

§ 1

GELTUNGSBEREICH:

Diese Satzung gilt für das ^{im} Planblatt des Architekten Leo Hajek, 8831 Mörsheim Heroldstraße 4, gefertigt am 21.6.1981 als Geltungsbereich des Bebauungsplanes bezeichnete Gebiet, das insbesondere die Grundstücke und Teile der Fl. Nr. (siehe Grundstückseigentümerverzeichnis) der Gemarkung Schernfeld umfaßt. Die Festsetzungen im genannten Planblatt bilden zusammen mit den nachstehenden Vorschriften den Bebauungsplan Nr. 2 der Gemeinde Schernfeld.

§ 2

NUTZUNGSART:

Das gesamte Gebiet im Geltungsbereich ist als Dorfgebiet (MD) ausgewiesen.

§ 3

MASS DER BAULICHEN NUTZUNG:

- 1.) Die jeweils durch Planzeichen in dem in § 1 genanntem Plan festgesetzte Zahl der Vollgeschosse gilt als Höchstgrenze.
- 2.) Die zulässige Grund- und Geschößflächenzahl ergibt sich jeweils aus dem Planext.

§ 4

ANBAUTEN:

Holzschuppen und sonstige freistehende kleine Nebengebäude sind nicht zulässig. Schuppen sind grundsätzlich an den Garagen anzubauen und haben sich diesen Baukörpern unterzuordnen.

§ 5

DACHAUSBILDUNG:

- 1.) Für Hauptgebäude U + I sind Satteldächer mit einer Dachneigung von ~~30° bis 33°~~^{25 - 33°} vorgesehen.
- 2.) Für Hauptgebäude II sind Satteldächer mit einer Dachneigung von ~~23° bis 28°~~^{25 - 28°} vorgesehen.
- 3.) Für Nebengebäude (Garagen) sind Satteldächer vorgesehen, bei II auch Flachdachgaragen.
- 4.) Alle Dacheindeckungen sind in naturroten Ton- Dachziegeln auszuführen.

§ 6

DACHAUSBAUTEN:

- 1.) Kniestöcke bei U + I oder I maximal 50 cm hoch, bei II maximal 25 cm hoch.
- 2.) Dachgauben sind nur bei Dachneigungen ab 30° zulässig und müssen in einem untergeordneten, ausgewogenem Verhältnis zur Dachfläche stehen.

§ 7

TRAUFGHÖHE:

Die Traufhöhe darf an der Talseite nicht höher als 6,0 m über dem anstossenden Erdreich (das der natürlichen Hanglage entsprechen muß) liegen. Die Sockelhöhe darf bergseitig maximal 35 cm betragen.

§ 8

AUSSENGESTALTUNG:

- 1.) Gebäude in massiver Bauweise sind zu verputzen. Stark auffallende Putzmuster sind unzulässig.
- 2.) Die Errichtung von Wohngebäuden mit sichtbarem, verfugtem Ziegelmauerwerk ist unzulässig. Sichtbares Mauerwerk ist für einzelne Teile des Bauwerkes nur dann zulässig, wenn es in Natursteinmaterial der Gegend ausgeführt wird und dem architektonischen Gefühl der Ethik entspricht.
- 3.) Grelle Farbanstriche sind untersagt. Bei Verwendung verschiedener Farben muß eine harmonische Farbwirkung gewährleistet sein. Vor Farbgebung ist unbedingt die Bauaufsichtsbehörde (Kreisbaumeister) zu konsultieren.

- 4.) Sockel aus Betonformsteinen mit Bossenmarkierung sind untersagt. Natursteinverblendungen der Sockel in fachgerechter Ausführung sind wünschenswert und erlaubt.

§ 9

GARAGEN:

Garagen aus Wellblech oder ähnlichen leichten Behelfsbauweisen sind untersagt. Garagen im Untergeschoß sind nur bei der Bauweise U + I erlaubt.

§ 10

VERKEHRSFLÄCHE:

Innerhalb der an der Einmündungsstraße im Planblatt eingezeichneten Sichtdreiecke, dürfen auf dem Baugrundstück weder Hochbauten, noch Anpflanzungen; Zäune, Stapel, Haufen oder sonstige Gegenstände angebracht werden wenn sie höher als 1 m über die Fahrbahn ragen.

§ 11

EINFRIEDUNG:

- 1.) Zwischen den einzelnen Grundstücken sind Einfriedungen nur als Spannzäune mit einer maximalen Höhe von 1 m über natürlicher Geländeoberfläche und lockeren Strauchpflanzungen zulässig.
- 2.) Die Einfriedung entlang der Straße ist nur auf 30 cm hohen Naturstein oder Sichtbetonsockeln zulässig. Die gesamte Höhe der Einfriedung darf 1 m über Straßenoberkante nicht überschreiten. Als Einfriedungsmaterial ist Holz zu verwenden.
- 3.) Für Sockel und Pfeiler ist die Verwendung von Betonformsteinen mit Bossenmarkierung untersagt.

§ 12

INKRAFTTRETUNG:

Die Satzung tritt gemäß § 12 des Bundesbaugesetzes mit ihrer Bekanntmachung in Kraft.

ÖSTERREICHISCHE ARCHITEKTENKAMMER
ARCHITECT
103 337
LEO HAJEK
ARCHITECT

Erstellt: Mönsheim, den 21.6.1981

Gemeinde Schernfeld, den 21.6.1981

.....
1. Bürgermeister